

A large, ornate woodcut coat of arms. The central shield is divided into four quadrants: top-left shows a lion passant guardant; top-right shows an eagle with wings spread; bottom-left shows a large letter 'W' on a checkered background; bottom-right shows a seated figure. A circular medallion with a bearded man's face is superimposed over the bottom half of the shield. Above the shield is a crown, and on top of the crown sits a figure of a woman with a halo. Two flags with horizontal stripes are crossed behind the shield. The entire emblem is surrounded by elaborate, symmetrical scrollwork and floral patterns. To the left and right of the emblem are large, stylized letters, likely 'r' and 'e', which are partially visible.

Zeitung.

Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag den 12. April 1860.

Turin, 10. April. Die Kammer hat mit 219 gegen 129 Stimmen **Lanza** zum Präsidenten gewählt.

Kopenhagen, 10. April. Der Amtmann von Kiel und Curator der dortigen Universität, Oberstlieutenant Rauffmann, geht als Militärbevollmächtigter Dänemarks nach Frankfurt a. M. und wird durch Arthur Reventlow ersetzt.

Konstantinopel, 10. April. Der Herzog von Brabant ist gestern angekommen und vom Sultan in Lophane empfangen worden; heute machte der Herzog dem britischen Gesandten Sir Bulwer einen Besuch.

Berlin, 11. April. [Amtliches.] Seine königliche Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, allergnädigst geruht: Dem Capitain zur See a. D. Prinzen Wilhelm von Hessen-Philippsthal-Barchfeld, bisher à la suite des See-Offizier-Corps, den rothen Adlerorden erster Klasse, Allerhöchstherrn vortragenden Rath, Geheimen Regierungsrath Bock, den rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eidenlaub in Brillanten, dem Geheimen Commerzienrath Georg Prätorius zu Berlin den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, und Allerhöchstherrn Korrespondenz-Sekretär, Hofrath Bock, das Kreuz der Ritter des königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern, so wie dem Schullehrer und Kantor Großer zu Schönbau im Regierungsbezirk Liegnitz, das allgemeine Ehrenzeichen der beiden Ober-Ärzten des Bürgerhospitals zu Rölln, Ober-Arzt und nassauischem Medizinal-Rath Dr. Nüchel, und Ober-Wundarzt Sanitätsrath Dr. Fischer den Charakter als Geheimer Sanitätsrath zu verleihen; so wie den seitherigen Domdechanten Eisler zum Dompropst bei der Cathedral-Kirche zu Breslau zu ernennen.

Se. königliche Hoheit der Prinz Friedrich Karl ist nach Stettin abgereist.

Se. königliche Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Seiner Majestät des Königs, allergnädigst geruht: Dem Director der Porzellan-Manufaktur, Geheimen Registrations-Rath Kolbe in Berlin, die Erlaubniß zur Anlegung des von Sr. Heiligkeit dem Papst ihm verliehenen Commandeur-Kreuzes des Pius-Ordens, so wie dem Polizei-Hauptmann Lorré in Berlin zur Anlegung des von des Königs von Sachsen Majestät ihm verliehenen Ritter-Kreuzes des Albrechts-Ordens zu ertheilen.

(St.-A.)

Berlin. 11. April. [Vom Hofe.] Se. königliche Hoheit der Prinz-Regent empfingen heute Se. Hoheit den Fürsten zu Hohenzollern-Sigmaringen, Se. Hoheit den Prinzen Wilhelm zu Hessen-Philippsthal-Barchfeld, den königlichen Gesandten am kaiserlich russischen Hofe, von Biarmar-Schönhausen, und nahmen den Vortrag des Wirklichen Geheimen Rath's Maire entgegen. Außerdem empfingen Se. k. H. in Gegenwart des General-Feldmarschalls Freiherrn v. Wrangel und des Kommandanten General-Majors v. Alvensleben I. die militärischen Meldungen des General-Majors von Bialke und anderer Offiziere. Später fand bei Sr. königlichen Hoheit dem Regenten ein Minister-Conseil statt, dem Se. k. H. der Prinz Friedrich Wilhelm beivohnte. (St. A.)

2. Bern, 7. April, Abends. [Zur Stimmung.] Ich schreibe Ihnen nach Abgang des Postzuges, weil mir so eben ein Extrabülletin „Berner Ztg.“ in die Hände fällt, welches um so wichtiger ist, als „Bern. Z.“ bekanntlich das Organ des Bundesrathes Stämpfli ist, welcher die Seele der jetzigen schweizer Politik genannt werden könnte. man sich in Deutschland daran gewöhnt hat, das nicht bundesmäßige Blatt, der „Bund“, zu halten, so citire ich Ihnen das Extrabülletin der „B. Z.“ fast wörtlich, so weit es die Nachrichten betrifft. Nach den Aeußerungen Thouvenels soll die Schweiz ihren Standpunkt, der Erwerbung Nordavoyens anzustreben, lediglich aufgeben und sich Frankreich in Verhandlungen einlassen, wie die Neutralität dieser Provinzen unter Frankreich regulirt werden könnte; z. B. ob bestimmte Schiffe aus dem Genesersee gehalten werden dürfen; wie viel Truppen etwa Frankreich in Nordavoyen soll stationiren können etc.; neben möchte die Schweiz bedenken, daß Frankreich nicht nur 150, sondern 200 Millionen Schulden auf Savoyen übernehmen müsse, und von würde es auf Chablais und Faucigny wenigstens 50 Millionen geben; endlich möge die Schweiz sich hüten, daß sie Truppen aus anderen Kantonen nach Genf verlege, dies müßte die Okkupation Nordavoyens durch Frankreich führen.“ Nachdem die „Berner Ztg.“, welche von Anfang an diese französische Politik in ihrer ganzen Niederträchtigkeit beurtheilte und als eines der wenigen Blätter die Schweiz schon während des italienischen Krieges Napoleon warnte, mit Entrüstung diese Begehren zurückweist, fährt sie mit den Drohungen Thouvenels weiter fort (und sie kennt dieselben wohl genau genug): „Wenn die Schweiz ihre Rechte in Nordavoyen — so sagt also Thouvenel — militärisch vertheidigen wollte, so würde Frankreich mit Gewalt dagegen eingreifen.“ Deshalb will die „Bern. Z.“ energische, kriegerische, militärische Maßregeln. Aber sie hat die Genugthuung zu berichten, „daß der Bundesrath den „Versuch“ des französischen Ministers wohl erkannte. Er antwortete weder schriftlich noch mündlich, sondern entsendete berner Truppen nach Genf und creirte unverzüglich einen diplomatischen Posten in London.“ Auf diese Weise wird die letzte so plötzlich angeordnete Entsendung deutscher Truppen nach Genf, von der sie telegraphisch unterrichtet sein werden, erklärt. Daß Frankreich es wagte, eine solche Sprache zu führen, uns Vorschriften zu machen, was wir in einer schweizerischen Stadt anzuordnen und nicht anzuordnen haben, das haben wir der momentanen Unentschlossenheit der Bundesversammlung zu danken, wie die „Bern. Z.“ sehr richtig bemerkt. Aber L. Napoleon irrt sich, wenn er glaubt, die Schweiz lasse sich durch solche Dro-

lungen einschüchtern. Die Wirkung dieser Nachrichten wird in unseren Bergen widerhallen und die Schweiz wird aufsehen wie ein Mann. Fühlt das deutsche Volk nichts für uns? Wollen die Regierungen jetzt noch zuwarten? Mögen sie antworten, wie es die Schweiz gethan — keine Noten, keine papiernen Proteste, aber eine achtunggebietende Armee am Rhein! Moraren mehr über die Wirkung im Volke.

[Keine Hoffnung auf Deutschland.] Der „Schweizer Handelskurier“ schreibt: „Was wir von Deutschland hoffen dürfen? — Nichts! Das deutsche Volk, besonders der süddeutsche Theil, hat un-leugbar Sympathien für die Schweiz. Wie? wenn heute Frankreich mit Waffengewalt der Schweiz ihr Recht sollte streitig machen wollen und die Schweiz ebenfalls in Harnisch fährt, was wird da draußen geschehen? Das Volk wird sicher große Theilnahme für uns bezeigen; es werden sämtliche Journalisten in zahlreicher oder ernstlicher Weise unser Recht verteidigen — mit der Feder nämlich; man wird die deutschen Regierungen um Beihilfe für die Schweiz bestürmen — mit Worten nämlich wieder — und dabei wird's sein Verbleiben haben. Die Re-gierungen werden zwar einsehen, daß ein Preisgeben und Unterliegen der Schweiz für Deutschland selbst von unerechenbarem Nachtheil sei. Die Badenser werden den Hessen sagen, die Hessen den Preußen klagen, Hannover und Oldenburg werden konferiren, selbst der Bundesstag wird die Sache in Erwägung ziehen und — die Schweiz wird indeß ein Blatt blutiger Geschichte mehr haben. Man beachte nur: Wie treiben sie's da draußen mit Schleswig-Holstein schon 12 Jahre lang? Was ist denn seit 10 Jahren für Kurhessens Volksrechte geschehen? Wie ging's letztes Jahr im italienisch-österreichischen Kriege? — Nirgends ein Entschluß! Nirgends Thatkraft! Deutschland wird bloß wach werden, wenn es von außen durch eine feste Hand einmal selbst wieder gehörig gerüttelt und ge-schüttelt wird. Darum: wir schägen die Beileidsbezeugungen — aber immerhin keine falsche Hoffnung nicht!“

Turin, 8. April. [Aus den Kammern.] Die turiner „Opinione“ vom 7. April berichtet Folgendes aus der Sitzung der Deputirten-Kammer vom 6. April:

Der Minister-Präsident tritt in den Saal während der Diskussion einer Wahl. Garibaldi: Ich bitte um das Wort. Ich ersuche die Kammer, mir einige Augenblicke zu einer Interpellation zu gestatten, welche ich über eine Frage von der höchsten Wichtigkeit an den Minister-Präsidenten zu stellen habe. Graf Cavour: Ich glaube, man darf keine Interpellation stellen, ehe die Kammer konstituiert ist. (Beifimmung.) Garibaldi: Meine Interpellation läßt keinen Aufschub zu. Graf Cavour: Wenn man mit aller Gewalt eine Interpellation machen will, so erkläre ich im Voraus, daß ich dem ehrenwerthen General Garibaldi nicht antworten werde. Laurenti-Nobandi: Ich frage, im Falle die Destreicher vor den Thoren Turins ständen, ob man uns dann auch sagen würde, daß man warten müsse, bis die Kammer konstituiert sei, um einige Verfügungen zu treffen. Es handelt sich um eine italienische Stadt, um Nizza. Wir, die Deputirten einer italienischen Stadt, wir wenden uns an ein italienisches Parlament, um zu erfahren, was geschehen soll. Der Kammer-Präsident will darüber abstimmen lassen, ob man Interpellationen stellen kann, trotzdem die Kammer nicht konstituiert ist. Graf Cavour: Mich auf das Reglement stützend, beantrage ich die Vorfrage. Sineo verlangt, daß die Diskussion bis auf den anderen Tag verschoben werde. Voggio unterstützt die Vorfrage. Mellana: Wir sind hier kraft des allgemeinen Stimmrechts vereinigt, wir haben den Eid geleistet, und nichts fehlt, damit die Kammer sich als konstituiert ansehen könne. Ich bestehe auf Beseitigung der Vorfrage. (Viel Deputirte: Abstimmen!) Die Vorfrage wird mit starker Majorität vorfirst und damit die Interpellation erledigt.

Rom, 3. April. [Genera de Lamoricière] befindet sich seit Sonntag hier. Gestern um 8 Uhr Abends hatte er eine Zusammenkunft mit dem heil. Vater, deren Ergebnis die Annahme des Ober-Befehls über die päpstlichen Truppen von Seiten des berühmten französischen Generals war. In Ancona hat Lamoricière bereits einen Theil der Soldaten Sr. Heiligkeit beschäftigt, und es scheint, daß er sich nach dieser Probe einen günstigen Begriff gebildet hat. Es scheint so gut wie gewiß zu sein, daß Cardinal Antonelli allen Unterhandlungen, welche Lamoricière hieher führten, fremd gewesen ist. In dieser Angelegenheit, wie in vielen anderen, hat ausschließlich der Papst die Initiative ergriffen. Der Cardinal handelte in gutem Glauben, als er vor kaum 14 Tagen den politischen Agenten Frankreichs versicherte, der zu wählende General würde weder ein Oesterreicher noch ein Franzose sein. Nach der ablehnenden Antwort des Generals Meyerhofer hatte man mit einem belgischen Offiziere Unterhandlungen angeknüpft. Der Correspondent der „Debats“ versichert auf Grund der letzten amtlichen Quellen, die Gesamtstärke des päpstlichen Heeres habe sich am 1. März 1860 auf 16,111 Mann belaufen. Außerdem meldet er: „Der Baron Rouffy de Salles kehrt morgen nach Turin zurück. Wie man mir versichert, nimmt dieser Diplomat eine Antwort des heil. Vaters auf den von ihm vor 8 Tagen hieher geschickten Brief des Königs Victor Emanuel mit.“

Von der Niederelbe, 7. April. [Eine dänische Circulardepesche über Schleswig.] Die dänische Regierung hat in Bezug auf die Verhältnisse in Schleswig vor einigen Tagen eine Circulardepesche an die Mächte gerichtet, von welcher das Nachstehende eine fast wortgetreue Analyse ist:

Nur zu evident sei die Ähnlichkeit mit jener verhängnisvollen Periode hervorgehoben. Auch damals seien die Stände, ermutigt durch die Willkür der Regierung, sich gegen die Verordnungen der Regierung aufgelehnt, und wenn dieselben nicht politisch, sondern praktisch nützlich gewesen, sondern in einer Reihe von Anträgen unverhohlen das Bestreben an den Tag gelegt, das Herzogthum in den chaotischen Zustand der Jahre 1848—49 zurückzuführen.

der Regierung, Schritt vor Schritt weiter gegangen. Der Aufstellung eines Staats „Schleswig-Holstein“ sei damals der Anspruch auf ein vom Königreich gelonbertes Recht der Erbfolge und auf die Einverleibung in den deutschen Bund geseht.

Ebenso sei man jetzt zum Angriffe vorgegangen nicht nur gegen die Männer, welche der Landesherr an die Spitze der Regierung gestellt, sondern auch gegen die bestehenden Gesetze, gegen alle und jede Autorität. In dem von 26 Mitgliedern unterzeichneten Entwurf einer Adresse protestire man heftig „gegen alle bisherigen und künftigen Bestimmungen“, welche Schleswig von Holstein lösen könnten (also unter andern gegen den Berliner Frieden von 1850 und die vom deutschen Bunde anerkannte als-erbhöchste Bekanntmachung von 1852), und erkläre, daß seit 1850 in Schleswig ein geordneter und gesetzlicher Zustand fehle.

Wie sollte die Regierung hiergegen auftreten? Die stärksten Vertheidiger hätten Ordnung und Geſetz bereits in der Ständeverſammlung ſelbſt und deren Präſidenten gefunden. Eine Minderheit, ſtark genug, die Mehrheit an verfaſſungswidrigen Beſchlüſſen zu verhindern, habe dieſe auf jedem Punkte kräftig bekämpft. Mit Ausnahme einiger Geiſtlichen beſtehe dieſe Minorität aus in Schleſwig geborenen Bürgern und Landleuten, welche aus eigener feſter Ueberzeugung das vertheidigten, was ſie für Schleſwigs wahres Wohl gehalten. Der Präſident habe jede Verhandlung über den Entwurf der Sechszundzwanzig als aufrühreriſch und die auf Anklage des Miniſters geſtellten Anträge als in dieſer Aufſaffung und Form vernunft- und geſezwidrig abgewieſen. Und dieſer Präſident (Propſt) ſei von der deutſch redenden Zitel Ferner) ſei von der Verſammlung ſelbſt frei gewählt, als Präſident von dem königl. Commiſſar ganz unabhängig, und ſtehe nach Erziehung und Lebensverhältniſſen der deutſchen Aufſaffung weit näher als der ſpeciell ſchleſwighen, habe auch während der gegenwärtigen Seſſion in einem wichtigen Punkte gegen das Verfahren der Regierung das Wort ergriffen. Wenn nun dieſer Mann in den Hauptſachen gegen die Majorität ſeine Stellung genommen, ſo liege darin wohl ein unüberſprechlicher Beweis für den geſezwidrigen Charakter, in dem dieſe Mehrheit vorgegangen.

Ihretheits habe zwar die Regierung während der Verhandlungen Angriffe auf das Gesetz kräftig und bestimmt zurückgewiesen, übrigens aber weder die Session vor der festgesetzten Zeit geschlossen, noch irgend eine Distussion abgebrochen, noch befehlend vor Gericht gezogen.

Vieles ließe sich dafür anführen, jene 26 Mitglieder jetzt zur gerichtlichen Verantwortung für den geradezu aufrührerischen Inhalt einer Adresse zu ziehen, die sie außerhalb der Versammlung unterschrieben, um so mehr als Deputirte auch innerhalb der Versammlung zwar auf Abänderung bestehender Beschlüsse antragen könnten, aber doch nicht der allgemeinen staatsbürgerlichen Pflicht, dieselben zu respektiren, entboren seien. Die Regierung wüßte aber selbst den Schein zu vermeiden, als wolle sie die Redefreiheit der Stände beschränken. Dagegen glaube sie verpflichtet zu sein, den Umlauf der Adresse außerhalb der Versammlung nicht zu gestatten, und diejenigen, welche die Adresse verbreitet, Ständemitglieder und andere, oder welche derselben später beigetreten, vor Gericht zur Rechenschaft zu ziehen.

Wenn durch dieses gemäßigste und feste Auftreten der Regierung nun auch hoffentlich die gefährlichsten Folgen jener Agitation abgewendet werden könnten, so trat doch die Frage nur zu nahe, wie es weiter gehen werde, und ob zu hoffen sei, daß eine Ständeverammlung, die nichts gelernt und nichts vergessen zu haben scheine, überhaupt wieder ruhig und heilsam wirken könne?

In dieser Hinsicht sei nicht zu übersehen, daß der gegenwärtige Zustand theils in der Vergangenheit, theils in besondern Verhältnissen der Gegenwart begründet sei. Eine Generation, die schon einmal gegen ihren Landesherren zu den Waffen gegriffen, werde nicht leicht zur Loyalität und zur Ehrfurcht vor dem Geſetz zurückgeführt, und nur langsam versöhne man sich in Deutschland mit der Erkenntniß, daß Ideen, welche man seiner Zeit für im Rechte begründet hielt und für die man Krieg geführt, im innersten Kern Revolution gewesen seien. Zwar sei der Staat Schleswig-Holstein von Deutschland vertragsmäßig aufgegeben und von Europa verurtheilt, aber noch lebe derselbe in den Gedanken vieler Verehrer der Herzogthümer Schleswig und Holstein, und werde nur allzu sehr lebendig erhalten durch Artikel, wie ſ. B. die „Breußische“ und die „Weſer-Zeitung“ brachten, durch Adreffen, öffentliche Feste und andere Manifestationen. Sobald Deutschland nur darüber klar sei, daß Schleswig nicht von Dänemark losgeriſſen werden könne, würden sich die irre geleiteten Gemüther in beiden Herzogthümern der vernünftigen Betrachtung der Verhältnisse öffnen, und es der Regierung möglich werden, ihrem Wunsche entsprechend, der Bevölkerung eine jezt nur allzu oft mißbrauchte Freiheit einzuräumen.

Früher habe die auf Losreißung Schleswigs bedachte Partei die Intelligenz fast ausschließlich auf ihrer Seite gehabt, der lokale Theil der Bevölkerung aber, der Schleswigs alte Stellung als ein Land des Ueberganges conserviren wollte, sei auf die untern Klassen beschränkt gewesen, habe also entweder gar nicht oder nur in sehr beschränktem Umfang an den ständischen Wahlen theilgenommen und sowohl des Interesses als der Bildung zur Geltendmachung einer selbständigen Meinung ermangelte. Ebenso sei das Gleichgewicht durch den Einfluß gestört worden, den die fast ausschließlich deutsch gebildeten Fotalbeamten, denen fast immer die Gelegenheit gefehlt, ihren Blick zu dem Standpunkte der Gesamtmonarchie zu erweitern, in Schleswig ausgeübt hätten. Schon jetzt habe sich dies verändert. In der ländlichen Bevölkerung setze sich mehr Interesse und Thätigkeit als früher, die Beamten beschränkten in keiner Weise die Wahlfreiheit, und wenn nach und nach in größerem Umfange, als jetzt physikalisch möglich, die Aemter mit nicht politisch compromittirten Schleswigern besetzt werden könnten, so werde sich mehr und mehr eine klare und vernünftige Auffassung im Volke ausbreiten. Schon jetzt bestehe die lokale Minorität aus einem Drittheil der Ständeverammlung, repräsentire den größeren Theil der Bevölkerung und sei im Stande, die Diskussion mit einer Thätigkeit zu führen, welche vielleicht die der Gegner übertreffe.

Die Regierung werde mit Festigkeit und Mäßigung das Bestreben festhalten, die Gemüther zu beruhigen und der Agitation Schranken zu setzen, und sie hoffe dieses, den Verträgen und Schleswigs anerkannter Stellung entsprechende Ziel zu erreichen, wenn sich dasselbe freilich erst mit der Zeit ganz werde erreichen lassen.

St. Petersburg, 5. April. [Ein finnischer Landtag.] Im stockholmer „Aftonbladet“ wird aus Helsingfors geschrieben: Es nunmehr eine völlig zuverlässige Thatfache, daß Finnland einen Landtag bekommt. Kaiser Alexander II. hat ein bestimmtes Versprechen in dieser Beziehung gegeben. In unserem Senat wird es fast öffentlich und öffentlich ausgesprochen, daß die oder jene wichtige Sache zum kommenden Landtag ruhen soll. Vermuthlich wird der Landtag im Jahre 1861 zusammenberufen.

im Jahre 1861 5. April. [Sequester-Aufhebung.] Der Kaiser hat die bei der Volljährigkeitsfeier des Thronfolgers den Aufständigen von 1831 gewährte Gnade auch auf diejenigen unter ihnen ausgedehnt, welche dem eigentlichen Königreich Polen angehören. (Zener äußerte Gnadenruf bezog sich nur auf die im „Reiche“, d. h. in diesem Fall, auf die in den westlichen polnischen Provinzen des eigentlichen „Reiches“ Wohnenden.) Demnach werden keine neuen Confiska-

